

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 15. Jahrgang Nr. 4 25. Februar 1998

➔ **Rechtslastiges in der Truppe** Seite 2

Der Freiburger Militärhistoriker Wolfram Wette sieht die wachsenden rechtsextremistischen Umtriebe in der Bundeswehr auch als Folge der von der politischen Führung praktizierten Verharmlosungsstrategie an. Die Vorfälle müßten endlich politisch ernst genommen, genau untersucht und entschieden bekämpft werden.

➔ **Brauner Spuk beendet** Seite 6

Mit der Schließung Hetendorfs durch das Land Niedersachsen hat die bundesdeutsche Neonazi-Szene eines ihrer wichtigsten strategischen Zentren verloren. Seit Jahren forderten die zuständigen Behörden in Hamburg und Hannover vergeblich von Bundesinnenminister Manfred Kanther die Einleitung eines Verbotsverfahrens.

➔ **Zerstrittene „Republikaner“** Seite 7

In der heißen Phase des niedersächsischen Wahlkampfes präsentiert sich die Schlierer-Partei - obwohl ohne Konkurrenz von NPD oder DVU - als hoffnungslos verfeindet. Der eigentliche Grund für das heftige Zerwürfnis sollen finanzielle Streitigkeiten sein.

➔ **Dritter NPD-Frühling** Seite 8

Die älteste rechtsextremistische Partei in Deutschland erlebt heute nach jahrelangem Siechtum ein erstaunliches Comeback. Zu ihrem „Tag des nationalen Widerstandes“ im Februar in Passau konnte sie wieder rund 4000 Anhänger mobilisieren.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255 94-190

Rechtsextremismus
in den Streitkräften:

Gefahr für die deutsche Demokratie?

In Israel fand am 4. Februar eine internationale Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Richard-Köbner-Zentrums der Hebräischen Universität Jerusalem zum Thema „Rechtsradikalismus in der Bundeswehr - Gefahr für die deutsche Demokratie“ statt. Der Militärhistoriker Wolfram Wette hat dazu in Jerusalem einen Vortrag über „Aktuelle Erscheinungen und Hintergründe des Rechtsradikalismus in der Bundeswehr“ gehalten. Wolfram Wette, der als Privatdozent an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg lehrt, hat uns sein Referat zur Verfügung gestellt. Wir dokumentieren den Text nachstehend leicht gekürzt im Wortlaut:

I. Aktuelle rechtsradikale Erscheinungen in der Bundeswehr

Unter aktuell möchte ich den Zeitraum seit der deutschen Einigung im Jahre 1990 verstehen und damit zugleich deutlich machen, daß die Probleme, über die wir Klarheit gewinnen wollen, nach meiner Überzeugung etwas mit dem deutschen Einigungsprozeß zu tun haben. Sie sind unmittelbare und mittelbare Folgen dieser Entwicklung.

Anfang der 90er Jahre breitete sich im geeinten Deutschland eine Welle rechtsradikaler Gewalt aus, mit der so niemand gerechnet hatte. Denn für diese Welle von Gewalt gab es weder in der Geschichte der DDR noch jener der Bundesrepublik Deutschland ein Beispiel. Allgemein wurden ein neu erwachter Nationalismus sowie Fremdenfeindlichkeit für diese Erscheinungen verantwortlich gemacht. Die Bilanz der Serie rechter fremdenfeindlicher Gewalttaten seit 1990 ist erschreckend: 82 ausländische und 81 deutsche Todesopfer (darunter 52 Obdachlose), Hunderte von Verletzten, 1405 antisemitische Straftaten.

Auch in der Bundeswehr gibt es spätestens seit 1992 wachsende rechtsextremistische Tendenzen. Im Jahre 1997 stieg die Zahl der sogenannten „Besonderen Vorkommnisse mit rechtsradikalem Hintergrund“ auf 184 Fälle an. Dies geht aus einem Bericht hervor, den das Verteidigungsministerium dem seit Januar 1998 arbeitenden Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages vorlegte. Er wurde auf Antrag der Op-

position eingesetzt und soll zur Aufklärung über den Rechtsextremismus in der Bundeswehr beitragen. Die 184 Fälle sind keineswegs auf bestimmte Städte oder Problemregionen konzentriert, sondern auf 140 Standorte verteilt. Nach der Auflistung des Ministeriums handelt es sich vorwiegend um sogenannte Propagandadelikte: Hitler-Gruß, Naziparolen, Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz, Wehrmachtskoppel, rechtsradikales Liedgut, rechtsradikale Bilder auf den Stuben von Soldaten, ausländerfeindliche, rassistische Äußerungen u.a. Diese Propagandadelikte wurden meist verübt von Wehrpflichtigen. Allerdings benennt der Bericht auch Offiziere und Unteroffiziere, die ihre rechtsextremen Neigungen während und nach der Dienstzeit auslebten.

In einigen Kasernen wurden „Traditionsräume“ entdeckt, die mit ihren Exponaten eine kritiklose Nähe zur Wehrmacht dokumentieren. In der Franz-Josef-Strauß-Kaserne im bayerischen Altenstadt feierten Fallschirmjägersoldaten „Führers Geburtstag“ mit Nazi-Fahnen, Hitler-Bildern und Horst-Wessel-Lied. Auf dem Dachboden einer Kaserne fand man ein Waffenlager. (...) Ein Kapitänleutnant der Reserve gab auf einem Schiff der Bundeswehr während einer Übung auf dem Atlantik vor Untergebenen die folgende rassistische Gewaltphantasie zum Besten: „Alles, was nicht arisch ist und nicht in Deutschland lebt, gehört erschossen oder in die Gaskammer.“

Verhängnisvolle „Einzelfälle“

Neben den Propagandadelikten ereigneten sich ausländerfeindliche Gewaltaktionen von Soldaten. In der Ruhrgebietsstadt Detmold machten Wehrpflichtige Jagd auf ausländische Jugendliche. Weiterhin wurde mehrere sogenannte Gewaltvideos bekannt. Dabei handelt es sich um Simulationsspiele, in denen Hinrichtungen, Vergewaltigungen und Judenvergasungen geübt wurden. Auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg inszenierten Bundeswehrangehörige ihre Gewaltphantasien vor der Kamera. Ähnliches geschah im sächsischen Schneeberg.

Als ein vorläufiger Höhepunkt kann ein Vorgang an der Führungsakademie der Bundeswehr gelten, in den mehr als 30 Offiziere verwickelt sind. Die international renommierte Bildungseinrichtung der Streitkräfte lud einen bekannten deutschen Neonazi-Führer ein, nämlich den mehrfach vorbestraften Rechtsanwalt Manfred Roeder. Er durfte dort referieren über das politisch brisante Thema „Übersiedlung von Rußland-deutschen in den Raum Königsberg“, womit die russische Enklave Kaliningrad gemeint ist. Der Behauptung des gastgebenden Obersten und der Zuhörer, alle in Offiziersrängen, ihnen sei die politische Identität

Roeders nicht bekannt gewesen, wird von Kennern des militärischen Milieus wenig Glauben geschenkt. Weiterhin wurde bekannt, daß Roeder von Bundeswehrdienststellen ausgemusterte Lastkraftwagen, Kleinwagen und Material für seine Aktivitäten in der russischen Region Kaliningrad zum Geschenk erhalten hatte. In diesen Vorgang waren auch Beamte des Auswärtigen Amtes verwickelt.

II. Die Verharmlosungsstrategie und ihre Folgen

Wie ging die politische Führung bislang mit der Problematik des Rechtsradikalismus in der Bundeswehr um? Sie arbeitete über Jahre hinweg mit einer Verharmlosungsstrategie. Nach meiner Auffassung ist diese längst selbst zu einem Bestandteil des Problems geworden. Der zuständige Verteidigungsminister spricht auch angesichts von 184 Rechtsextremismus-Fällen in einem einzigen Jahr, nämlich dem Jahre 1997, noch immer von „Einzelfällen“. Diese Bewertung stößt in der Öffentlichkeit zunehmend auf Unverständnis. Unabhängig von der Frage, ob sich die Einzelfall-Theorie als falsch erweisen wird oder nicht, läßt sich schon jetzt feststellen, daß sie längst fatale politische Wirkungen hervorgerufen hat. Das Verharmlosen und Kleinreden des Problems hat nämlich dreierlei bewirkt:

1. eine jahrelange Irreführung der Öffentlichkeit über eine gefährliche Entwicklung,
2. eine Behinderung von Aufklärung über das Innenleben der Bundeswehr und
3. eine Begünstigung des Wucherns rechtsradikaler Tendenzen in der Bundeswehr als Folge des jahrelangen Gewährenlassens.

Zu 1: Irreführung:

Das Verteidigungsministerium hat entgegen bisherigen Darstellungen schon 1992 von wachsenden rechtsextremistischen Tendenzen in der Truppe gewußt. Dies wurde in einem Bericht zugegeben, den das Ministerium im Januar 1998 besagtem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages vorlegte. Die Verharmlosung diene ganz offensichtlich dem Ziel, das Image der Bundeswehr nicht zu beeinträchtigen. Diese Strategie der Beschönigung kommt einer Tendenz entgegen, die im deutschen Militär – und nicht nur in diesem – seit jeher stark ausgeprägt ist. Der Korpsgeist der Offiziere verlangt danach, Konflikte unter allen Umständen intern zu regeln und nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. (...) Der traditionsreiche Korpsgeist der Offiziere korrespondiert mit der politischen Interessenlage des zuständigen Ministers. Er interpretiert – und dies sicherlich zu recht – die sich häufenden rechtsradikalen Vorfälle als politische Skanda-

le. Da sie seiner politischen Karriere schädlich werden könnten, geht er immer wieder in die Offensive. Hierzu gehört die Polemik, die Bundeswehr dürfe nicht unter einen „Generalverdacht“ gestellt werden. Die Ankündigung, vermehrt öffentliche Rekrutengelöbnisse durchzuführen, verfolgt erkennbar dasselbe Ziel.

Zu 2: Mangelnde Aufklärung:

Der zuständige Minister sträubt sich hartnäckig gegen die von der Opposition erhobene Forderung, durch eine sozialwissenschaftliche Untersuchung Klarheit über den politischen Zustand der Bundeswehr zu schaffen. Dabei könnte die Bundeswehr dies aus eigener Kraft leisten, da sie mit ihren beiden Hochschulen in Hamburg und in München sowie mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut (SOWI) in Berlin-Strausberg über eigene Forschungskapazitäten verfügt. Rühes Argument lautet, Rechtsradikalismus sei ein Problem der gesamten Gesellschaft und kein Spezialproblem der Bundeswehr. Eine spezielle Durchleuchtung der Bundeswehr sei bereits vom Ansatz her geeignet, diese zu „diffamieren“. Offenbar befürchtet der Minister, eine wissenschaftliche Untersuchung könne unangenehme Erkenntnisse zutage fördern.

Keine wissenschaftliche Untersuchung

Zu 3: Wucherungen begünstigt:

Bedenklicher noch als die Irreführung der Öffentlichkeit und die Behinderung einer wissenschaftlichen Durchleuchtung der Bundeswehr war die dritte Auswirkung der Verharmlosungsstrategie. Gemeint ist der Tatbestand, daß das Kleinreden des rechtsradikalen Problems für manche Soldaten geradezu einen Anreiz darstellte, Tabubrüche zu begehen und auszutesten, wie weit man beispielsweise mit rechtsradikalen Propagandadelikten gehen konnte, ohne auf Gegenwehr zu stoßen. Da den Anfängen nicht sogleich gewehrt wurde, konnte ein Wucherungsprozeß Platz greifen, der hinsichtlich Quantität und Qualität bislang noch nicht hinreichend klar erfaßt werden kann.

III. Ursachenanalyse in Thesen

1. Fließende Grenzen:

Rechtsradikalismus gibt es bei einer Minderheit in der Bundeswehr seit jeher. Soldaten mit rechtsradikalen Einstellungen bewegen sich hier in einem breiten konservativen bis rechtsnationalen Umfeld mit fließenden Grenzen. Nach meiner Beobachtung werden in der Bundeswehr die Trennlinien zwischen konservativ-demokratisch und rechtsradikal nicht mit derselben Schärfe wahrgenommen und beachtet wie in der Zi-

vilgesellschaft. Augenzwinkernde Duldung rechtsextremer Ansichten stellt im militärischen Milieu der Bundeswehr keine Seltenheit dar. Die im Zusammenhang mit den aktuellen rechtsradikalen Vorkommnissen in der Bundeswehr aufgestellte Einzelfall-These berücksichtigt diese Zusammenhänge nur unzureichend.

2. „Out of area“:

Die Militärpolitik der weltweiten Kampfeinsätze, die der Öffentlichkeit seit 1992 als Ausdruck einer „neuen Normalität“ des wiedervereinigten deutschen Nationalstaats vorgestellt wird, hat die Akzeptanz dieser rechtsradikalen Minderheit anscheinend erhöht und mancherorts Machtphantasien freigesetzt, die früher tabuiert waren. Die sogenannten rechtsradikalen Gewaltvideos, die von Bundeswehrsoldaten hergestellt wurden, sind zu lesen als gedankliche Verbindungslinien zwischen künftigen „out of area“-Einsätzen und der Erfahrung kriegsgerichteter Gewalt in der Geschichte (Wehrmacht) wie in der Gegenwart (jugoslawischer Bürgerkrieg). In den sogenannten Krisenreaktionsstreitkräften, die für Out-of-area-Einsätze vorgesehen sind, scheint sich in zunehmendem Maße eine Rambo-Mentalität herausgebildet zu haben.

3. Tradition:

Mit den neuen Aufgaben der Bundeswehr wird zugleich das – seit jeher problematische – Problemfeld Wehrmacht, Bundeswehr und Tradition neu vermessen. Dabei geht es um die Fragen, wie viel Kontinuität wir uns leisten können beziehungsweise, wie scharf der Schnitt zwischen Bundeswehr und Wehrmacht gezogen werden muß. Politischer Wille und Truppenpraxis klaffen auf dem emotionsbeladenen Gebiet der Traditionspflege seit den Anfängen der Bundeswehr auseinander. Das heißt: Während Erlasse und Politikerreden den Traditionszusammenhang zwischen Bundeswehr und Wehrmacht ausdrücklich ablehnen, ist derselbe im Truppenalltag durchaus gegenwärtig.

Seine politische Bedeutung gewinnt dieser Tatbestand dadurch, daß Rechtsradikalismus in Deutschland naturgemäß – und dies stärker als in anderen Ländern – in einem historischen Bezugssystem definiert wird. Der Nationalsozialismus stellte die wirkungsmächtigste deutsche Form des Rechtsradikalismus dar; und die Wehrmacht war der „stählerne Garant“ des NS-Systems und nicht etwa – wie es manche in der aktuellen Wehrmacht-Kontroverse noch immer sehen möchten – eine Militärorganisation, die gleichsam losgelöst vom nationalsozialistischen Unrechtssystem agierte.

4. Personalpolitische Entwicklungen verschärfen die genannten Tendenzen:

Die Bundeswehr kann heute kaum nochmals ein „Spiegelbild“ der Gesellschaft angesehen werden. Sie bildet vielmehr in zunehmendem Maße ein spezifisches

Milieu aus. (...) Die jungen Männer im wehrpflichtigen Alter haben heute in Deutschland praktisch die Möglichkeit der Wahl zwischen Militär- und Zivildienst. In dieser Situation hat sich die Tendenz herausgebildet, daß der eher politisch rechts eingestellte Teil der Jugend zur Bundeswehr geht, während die eher links eingestellten Jugendlichen lieber den Zivildienst ableisten. In einer Zeit mit hoher Arbeitslosigkeit wird die Bundeswehr besonders für sogenannte Modernisierungsverlierer mit autoritären, fremdenfeindlichen, rassistischen und gewaltbejahenden Grundeinstellungen zunehmend attraktiv. (...) Jüngste Überlegungen des Ministers, wie man auch wieder Linke in die Bundeswehr holen könne, stellen das Eingeständnis dar, daß es derzeit mit dem politischen Pluralismus in den Streitkräften nicht weit her ist, wohl am wenigsten in der oberen Führungsschicht.

Vorfälle endlich ernst nehmen

5. Geschichtsrevisionismus:

Diese bundeswehrspezifischen Ursachen von Rechtsradikalismus werden überlagert von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Hier wirken sich die seit dem Historikerstreit Mitte der 80er Jahre zu beobachtenden Tendenzen einer Relativierung und Beschönigung der Verbrechen des NS-Unrechtsstaats aus. Die Neue Rechte verstärkt diese Tendenzen mit nationalistischen Parolen wie „Rückruf in die Geschichte“ und „selbstbewußte Nation“. So lauten Titel von Büchern neo-rechter Intellektueller aus den vergangenen Jahren.

6. Fremdenfeindlichkeit:

Zu den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen gehört die – seit den frühen 90er Jahren sich verstärkt artikulierende – zum Teil gewalttätige Fremdenfeindlichkeit. (...) Gefühle der Hoffnungslosigkeit und des Zurückgesetztseins suchen sich in gewalttätiger Fremdenfeindlichkeit ein Ventil („Vergeltungsaggression“). Im übrigen äußern sie sich in zunehmender Distanz zur Demokratie. Jugendliche mit ausländerfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen scheinen in den vergangenen Jahren verstärkt in die Bundeswehr geströmt zu sein.

IV. Fazit

In der Summe betrachtet, haben wir es bei den sich häufenden rechtsradikalen Vorfällen in der Bundeswehr mit durchaus besorgniserregenden Erscheinungen zu tun. Aktuell stellen sie zwar noch keine Gefahr für die Demokratie in Deutschland dar. Aber sie müssen endlich politisch ernst genommen, genau untersucht und entschieden bekämpft werden.

KOMMENTAR

**Leitbild streitbare
Demokratie**

Günter Nolting, FDP-MdB, hat der SPD-Fraktion vorgeworfen, mit der Errichtung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der rechtsextremistischen Vorfälle in der Bundeswehr Steuergelder zu verschleudern.

Wie man mit Blick auf den Wahlkampf Geld ausgibt, hat die FDP-Fraktion im Bundestag mehrfach vorgeführt, zuletzt bei der - an der CDU/CSU gescheiterten - Verschleuderung von Überschüssen in der Pflegeversicherung. Umso mehr verblüfft der Vorwurf, den der FDP-Abgeordnete Nolting erhoben hat: Der Untersuchungsausschuß soll sich mit Rechtsextremisten befassen, die es nicht mit der Demokratie halten. Zu den demokratischen Rechten der vom Bundesverfassungsgericht als ein Element von Demokratie eingeordneten Opposition gehört das parlamentarische Untersuchungsrecht nach Artikel 44 des Grundgesetzes.

Fast 200 rechtsextremistisch motivierte Vorfälle allein im vergangenen Jahr, immerhin ein Dutzend bei Offizieren, sind keine Bagatelle. Und auch die Vorgänge in Hamburg, so haben die bisherigen Ermittlungen des Untersuchungsausschusses erbracht, stehen außer Zweifel. Von Beteiligten ist eingeräumt worden, daß sie sich nicht korrekt verhalten haben. Andererseits hatte das Bundesministerium des Innern den Militärischen Abschirmdienst durchaus in Sachen Roeder auf dem laufenden gehalten.

Aber solche Informationen sind offenbar in den Standorten nicht angekommen. So hielt es die Mannschaft der Hochschule nach guter Beamtenart für sinnvoll, nachdem man erfahren hatte, wer Herr Roeder ist, Gras über die Sache wachsen zu lassen. Wiewohl Manfred Roeder, nachdem er einen Fuß in der Hamburger Wehrhochschule hatte, wie inzwischen durch Vernehmungen bekannt geworden ist, mit der Zustellung von Propagandamaterial an die von ihm offenbar als Sympathisanten gewerteten Soldaten hilfreich zu sein schien. Immerhin führte das zu einer Aufforderung an Roeder, er möge von solchen „Kontaktversuchen“ Ab-

stand nehmen. Offenbar aber war das alles, was die Hochschulführung getan hat.

Und gerade da liegt das Problem, das offenkundig über die Bundeswehr hinausreicht und deutlich macht, daß in dieser Gesellschaft Rechtsextremismus nicht ernst genommen wird. Vor allem scheint niemandem bewußt gewesen zu sein, daß von 1979 bis 1983 auf das Konto von Rechtsterroristen 27 Todesopfer gingen. Darunter waren die 1972 von Roeder gegründeten „Deutschen Aktionsgruppen“, die die Ermordung zweier vietnamesischer Flüchtlinge zu verantworten hatten. Die Ansammlung von Waffen und Sprengstoff gerade durch die Roeder-Truppe war beachtlich.

Wie wenig ernst Rechtsextremisten genommen werden, wird auch zunehmend an Gerichtsentscheiden deutlich. Dem Verwaltungsgericht Mainz genügt ein Blick auf das glattgebügelte Parteiprogramm, um „Republikaner“ als brave Demokraten einzuordnen. Da ergeht sich ein Lahrer Amtsrichter in peinlicher Beweisführung, um einen „Republikaner“ freizusprechen, der ausländische Sozialhilfeempfänger mit Parasiten verglich. Daß die schwer nachvollziehbare Gestattung der Dresdner Demonstration von Rechtsextremisten nicht zu einer Katastrophe führte, ist allein der Polizei zu verdanken. Das Gehampel um den Mannheimer Strafprozeß gegen den vormaligen NPD-Bundesvorsitzenden Deckert ist noch in lebhafter Erinnerung.

Niemand behauptet, „die“ deutsche Richterschaft oder „die“ Bundeswehr sei rechtsextremistisch. Aber es gibt nun einmal eine unappetitliche Häufung rechtsextremistischer Vorfälle in der Armee. Deshalb sollte Rechtsextremismus ernster genommen werden, als es in manchen Bereichen der Gesellschaft der Fall ist. Rechtsextremismus erschöpft sich nicht in den Krawallen Glatzköpfiger, die sich zuvor mit Bier vollgedröhnt haben. Hinter ihnen stehen vielfältige Periodika, die sich mit der Verbreitung brauner Gedanken befassen; rechtsextremistische Denkkreise, vernetzt mit europäischen Gesinnungsgenossen, liefern das notwendige Rüstzeug. Vor Jahren hatten wir uns angewöhnt, von der streitbaren Demokratie zu sprechen. Dieses Leitbild hat an Aktualität leider gewonnen. Auch der Abgeordnete Nolting sollte den Blick häufiger nach rechts richten.

Klaus-Henning Rosen

Niedersachsen schließt
das „Heide-Heim“

Brauner Spuk ausgelagert

Die bundesdeutsche Neonazi-Szene hat mit der Schließung Hetendorfs eines ihrer wichtigsten Zentren in Deutschland verloren.

Seit Jahren war die Schließung des rechtsextremen Tagungs- und Schulungszentrums gefordert worden. Rund zwei Wochen vor der Landtagswahl zeigte Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) dem Neonazi Jürgen Rieger und dessen Getreuen, daß Toleranz Grenzen kennt: Um 6 Uhr morgens rückten etwa 50 Polizisten zeitgleich im Hetendorfer Heide-Heim, in Riegers Hamburger Villa und weiteren Wohnungen von Rechtsextremisten ein. Die Vereine „Heide-Heim e.V.“ (Hamburg) und „Heideheim e.V.“ (Buchholz in der Nordheide) wurden verboten, das Grundstück in Hetendorf und die Vereinskonten mit je weniger als 1.000 Mark Guthaben beschlagnahmt.

1979 hatte der Hamburger „Freundeskreis Filmkunst“ das Gelände in Hetendorf vom Bundesvermögensamt gekauft. Das verschlafene Nest, rund 20 Kilometer Luftlinie vom früheren KZ Bergen-Belsen entfernt, bot ein ideales Gelände für ungestörte Kameradschaftsabende, Wehrsportübungen und ähnliche Aktivitäten. Durch eine Erbschaft wurde die von Jürgen Rieger geführte rassistische „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ zu einem Drittel Miteigentümerin. Nicht nur ergraute Cineasten mit einer Vorliebe für alte Wochenschauen, Kriegsfilme und NS-Propanda ließen sich regelmäßig hier nieder, sondern auch militante Neonazis. Kader der mittlerweile verbotenen Organisationen „Wiking-Jugend“ (WJ), FAP, „Nationalistische Front“ und „Nationale Liste“ waren häufig zu Gast. Auch „Bundesschulungen“ der NPD-Jugend fanden hier statt. Die „Tage Volkstreuer Jugend“ der WJ lockten jedes Jahr bis zu 300 uniformierter Rechtsextremisten an. Einschlägig vorbestrafte Kameraden gingen hier ein und aus.

1990 wollte Rieger in Hetendorf ein weiteres Haus kaufen. Proteste der Bevölkerung führten jedoch dazu, daß nicht er, sondern ein örtlicher Architekt den Zuschlag bekam. Rieger ließ daraufhin Flugblätter verteilen: „Wer Krieg haben will, soll ihn bekommen ... wir haben ein gutes Gedächtnis“, hieß

es dort. Der am 18. Dezember 1984 gegründete Hamburger Verein „Heide-Heim“ übernahm 1992 das Gelände, gleichzeitig sollten mit dem Verein „Heideheim“ Förderer gewonnen werden.

Beide Vereine waren jahrelang als gemeinnützig anerkannt. Erst nachdem diese Tatsache 1995 von Journalisten öffentlich gemacht wurde, reagierten die Behörden und drehten den steuerbegünstigten Spendenhahn zu. Während Niedersachsen schnell handelte, ließ sich Hamburg damit bis 1997 Zeit. Seit 1991 fanden die jährlichen „Hetendorfer Tagungswochen“ statt, bei denen sich die rechtsextreme Prominenz ein Stelldichein gab. Wiederholt hatten Hannover und Hamburg bei Bundesinnenminister Kanther die Einleitung eines Verbotsverfahrens gefordert. Doch die Rufe verhallten ungehört zwischen Heide und Rhein. Dabei hatte Hetendorf in der Neonazi-Szene eine überregionale Bedeutung. Immer wieder sorgten Auschwitz-Leugnung, Rassismus und Glorifizierung des Nationalsozialismus auf den „Hetendorfer Tagungswochen“ für Unmut, die vom Zentrum ausgehenden Gewalttaten für Schlagzeilen.

In der 22seitigen Verbotsverfügung heißt es, die beiden Vereine verfolgten das Ziel, „die verfassungsmäßige Ordnung zu untergraben und letztlich zu beseitigen“ und hätten eine „Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus“. Das Innenministerium: „Die verfassungsfeindliche Betätigung kann nur im Wege des Verbots unterbunden werden.“ Damit hat Hannover recht, doch die Frage ist, ob das Verbot des Hamburger Vereins durch Niedersachsen vor Gericht besteht. Aus dem Hause Glogowski war zu hören, daß es in Hamburg „nur eine Art Postadresse“ gebe, „die eigentlichen Aktivitäten“ sich jedoch in Niedersachsen abspielten.

Mit der Schließung Hetendorfs hat die Neonazi-Szene eines ihrer wichtigsten Zentren in Deutschland verloren. Allerdings können sich Rieger und seine Mannen immer noch ins schwedische Sve-neby absetzen und dort – mit kräftiger EU-Finanzspritze – ihren Aktivitäten nachgehen. In der Szene war jedenfalls nach dem Verbot ein Aufschrei zu hören: „Jetzt greifen die Handlanger des Bösen zum letzten Mittel, sie greifen die deutschen Heiden als letzte winzig kleine Bastion des echten Germanentums mit Brachialgewalt und Verbot an“, hieß es im Computerverband „Thule-Netz“. Das „Nationale Info-Telefon Hamburg“ schob eine Sondermeldung ein und wünschte sich: „In einigen Jahren wird Glogowski für seine Taten allerdings etwas anderes (als die Nachfolge von MP Schröder; Anm.d.Red.) antreten müssen.“

Torsten Borchers

Kampf gegen Rechts ohne Verharmlosungen

Der Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin hat seit Jahren die Schließung des neonazistischen Schulungszentrums in Hetendorf gefordert. Zu der Verbotsverfügung Niedersachsens erklärte Vergin, Sprecher der SPD-Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“:

„Ich begrüße die Schließung des Neonazi-Zentrums in Hetendorf außerordentlich. Der Fall Hetendorf macht jedoch das ganze Dilemma des Kampfes gegen den Rechtsextremismus deutlich: Während die

Bundesregierung schon seit Jahren nicht in der Lage ist, Subventionen an Rieger zu unterbinden und damit seine Aktivitäten zu bekämpfen, mußte das Land Niedersachsen in eigener Verantwortung handeln.

Die Schließung des Hetendorfer Tagungszentrums, die Beschlagnahme diverser Unterlagen, das Verbot zweier Vereine und die in Gang gesetzte strafrechtliche Verfolgung von Rieger und seinen Gefolgsleuten muß auch bei der Bundesregierung Wirkung zeigen. Verabschieden wir uns endgültig von Verharmlosung, Vertuschung und Verschleiерung. Sonst bleibt zu befürchten, daß auch Rieger weiter sein Unwesen treiben und offen für seine menschenverachtenden Ziele werben kann.“

Selbstzerfleischung bei den niedersächsischen REP

Rache-Akte

In Niedersachsen wird am 1. März für die Landtagswahl zur Urne gerufen. Das Spektrum der rechtsextremen und rechten Parteien ist dabei beschränkt auf die „Deutsche Partei“, die Partei „Bibeltreuer Christen“ sowie die „Republikaner“ (vgl. BNR 3/98 S.14). Letztere hätten eigentlich jubeln dürfen, müssen sie doch nicht den „Wettstreit“ mit der DVU und NPD als Rechtsausleger suchen. Doch interne Querelen bis hinein in die letzten Tage des Wahlkampfes geben nach außen hin ein desolates Bild der Schlierer-Partei ab.

Der Parteivorsitzende höchstpersönlich ließ sich in der Landeshauptstadt Hannover einen Wahlkampfauftritt nicht nehmen, doch der Zuspruch war nur sehr mäßig. Angemietet wurde ein Veranstaltungsort, der 800 Besuchern Platz bietet - gerade einmal 120 verirrteten sich dorthin. Hinter vorgehaltener Hand trauerten viele einem Parteivorsitzenden Schönhuber hinterher.

Flügelkämpfe - unter den „Republikanern“ in Niedersachsen bereits in der Vergangenheit gang und gäbe - haben in den vergangenen Monaten und Wochen noch an Schärfe gewonnen: Spitzenkandidat Peter Lauer, im Schuldienst tätig, hat „seinen Laden“ jedenfalls nicht mehr im Griff. Die Partei selbst spricht noch von 600 Mitgliedern in Nie-

dersachsen, nach den jüngsten Austritt darf dies bezweifelt werden.

„Deckname Marianne Becker“

Allein im Regierungsbezirk Lüneburg haben sieben Kreistags- und Ratspolitiker der Partei den Rücken gekehrt; darunter Helga Kaleveld aus Hanstedt (Kreis Harburg), die auch Mitglied im Landesvorstand war. Sie nennt als Grund für ihren Austritt ein „totalitäres Weltbild“ im Landesvorstand, in dem Meinungsfreiheit und Andersdenkende keinen Platz hätten. Unverantwortlich sei auch die Wahl eines ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiters der Stasi in den niedersächsischen REP-Landesvorstand. Dabei handelt es sich um den Braunschweiger Otto Focke, der unter dem Decknamen „Marianne Becker“ operierte. Er war zu DDR-Zeiten unter anderem angesetzt auf die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

Nach Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz sind aber finanzielle Streitigkeiten der eigentliche Grund für das Zerwürfnis innerhalb der rechtsextremen Partei. So laufe derzeit gegen den REP-Landesvorstand ein Verfahren wegen Untreue von Parteigeldern. Der niedersächsische REP-Landesvorsitzende Peter Lauer hat Kalevels Vorwürfe zurückgewiesen. Sie seien Racheakte enttäuschter Parteigänger, die keinen Listenplatz erhalten hätten.

B. Ohne

„Der organisierte
Wille bedeutet Macht!"

Ein dritter NPD- Frühling

Die NPD, die älteste rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik, konnte zu ihrem „Tag des nationalen Widerstandes“ am 7. Februar rund 4000 Anhänger mobilisieren. Mit von der Partie waren auch Neonazis aus verbotenen Organisationen.

Unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit fand im bayrischen Passau die größte NPD-Saalveranstaltung seit über 25 Jahren statt. Die Medien scheuten die Teilnahme an dem rechtsextremistischen Spektakel, da sie eine sogenannte "Hetzgebühr" zu entrichten hatten: 250 Mark für Journalisten und 500 Mark für TV-Teams.

Nach Polizeiangaben hatten sich mindestens 4.000 Rechtsextremisten zum erstmals gefeierten "Tag des nationalen Widerstandes" in der Nibelungenhalle eingefunden (Türsteher: Jens Pühse, bayrisches NPD-Parteivorstandsmitglied, ehemals "Nationalistische Front"). Das Motto der Veranstaltung lautete "Der organisierte Wille bedeutet Macht!" - übernommen von der verbotenen "Nationalistischen Front", die einst Aufkleber mit einer gleichnamigen Zielrichtung verbreitete: "Nur der organisierte Widerstand bedeutet Macht!" Zweck der Veranstaltung, so das "Nationale Infotelefon Rheinland", war, "einen Tag der gelebten Solidarität (zu) begehen, die Volksgemeinschaft mit der Entschlossenheit des nationalen Widerstandes vor(zu)leben und ein gemeinsames Zeichen gegen Patriotenverfolgung und staatliche Repression" zu setzen.

Eingeladen waren zur Veranstaltung nicht nur "Nationaldemokraten", sondern Kameraden aus dem gesamten rechtsextremen Spektrum, wie dem "Festprogramm" entnommen werden konnte: "Die Gefahren für unser Volk und die Verfolgung von Patrioten (sind) zu groß, als daß man noch länger in kleinlichen, gruppenegoistischen Kategorien denken sollte - es geht doch letztlich um das Fortbestehen des deutschen Volkes!" Weiter heißt es dort: "Der voranschreitende Raub der Volksseele und die Überfremdung machen nicht vor einzelnen Gruppen halt und so ist es wichtiger denn je, daß alle, die guten Willens sind, zusammenhalten. Des-

wegen soll der >Tag des nationalen Widerstandes< ein Forum sein für den Austausch junger Patrioten und die Basis einer organisationsübergreifenden Solidarität."

Als Symbol der Veranstaltung diente eine "Flammenschale, deren Feuer "die Glut der Leidenschaft der teilnehmenden Kameraden entfachen" sollte, "auf daß sie den Funken der Hoffnung nach diesem Treffen hinaustragen an jene, welche dieses Mal noch nicht dabei sein konnten."

Um Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und demokratischen Bürgerinnen und Bürgern weitgehend auszuschließen, hatte die Polizei im weiten Umkreis von Passau die Insassen von 94 Bussen und 3.316 Autos kontrolliert. Dabei wurden "Personen aus dem rechten Spektrum" Messer, Baseballschläger, Reizgas und SS-Embleme abgenommen.

Gegen den Raub der Volksseele

Besonders hart traf es anreisende Neonazis aus der Schweiz. Am Grenzübergang Lindau wurde ihr Bus von der Grenzpolizei zurückgewiesen. Angaben der Internet-Ausgabe der "Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ) zufolge wurden die Ausweispapiere der Schweizer fotografiert, was diese besonders erzürnte. Für die Passauer Veranstaltung hatte in der Alpenrepublik das Infotelefon der Hammerskins getrommelt.

Aber auch Neonazis vor Ort hatten in Einzelfällen das Nachsehen. So wurde z.B. Achim Ezer, Leiter des Bundes-Ordnungsdienstes (OD) der NPD, kurzzeitig festgenommen, da er verbotene Abzeichen getragen haben soll.

Neben dem angereisten NPD-Parteivorstand samt Fußvolk aus der ganzen Bundesrepublik hatten auch Friedhelm Busse, Christian Worch, Michael Swierczek, Wolfram Nahrath und Thorsten de Vries - die ehemaligen Führer der inzwischen verbotenen Gruppierungen "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), "Nationale Liste" (NL), "Nationale Offensive" (NO), "Wiking Jugend" (WJ) und "Deutscher Kameradschaftsbund" (DKB) den Weg nach Passau gefunden. Ebenso wie der angeblich aus der Szene ausgestiegene Jürgen Mosler, einst Funktionär des "Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100.Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH), Ursel Müller von der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG), der umtriebige Rechtsextremist Wolfgang Juchem, der Neonazi-Anwalt und Geldspender für die "Natio-

nalistische Front" Günther Herzogenrath-Amelung, der Ex-REP-Bundesgeschäftsführer Franz Glasauer, der heute vom Verkauf rechtsextremer Devotionalien ("Patria-Versand") lebt, sowie der Rechts-Terrorist Manfred Roeder, der sich der handvoll anwesenden Journalisten geradezu aufdrängte und sein Visitenkärtchen in die Hand drückte. Der lautstark bejubelte Roeder attackierte in seiner Rede vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl und bezeichnete ihn als "Liquidator Deutschlands".

Besonders begrüßt wurden die Ehrengäste aus dem Ausland; darunter: Manuel Wettstein von der am 13. April 1996 in Zürich gegründeten "Nationalen Initiative Schweiz" (NIS), die niederländische Nazi-Ikone Florie Rost van Tonningen, bei deren Hochzeit sich SS-Reichsführer Heinrich Himmler als Trauzeugen zur Verfügung stellte, der österreichische Neonazi-Führer Robert Dürr, Kopf der "Partei Neue Ordnung" (PNO), William Pierce von der 1970 ins Leben gerufenen US-amerikanischen Neonazi-Truppe "National Alliance" (NA) und Leon Strydom von der südafrikanischen "Herstigte Nasionale Party" (HNP), die unlängst im Internet zur Solidarisität mit dem im Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses in Pretoria einsitzenden Wilhelm Ratte vom rechtsterroristischen "Pretoria Boerekommando" aufrief.

„Kohl ist Liquidator Deutschlands“

Vor versammeltem Publikum trat selbstredend der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt auf, der in seiner Rede die Beteiligung der Partei an sogenannten "Runden Tischen" strikt ablehnte. Ansprachen hielten ferner noch das NPD-Bundesvorstandsmitglied Hans Günter Eisenecker, Herbert Schweiger (Szene-Jargon: "Ostmark-Publizist"; Autor des Buches "Evolution und Wissen", das auch vor Ort käuflich erhältlich war), Jürgen Rieger (Szene-Anwalt) und der ehemalige REP-Landesvorsitzende von Berlin, Klaus Weinschenk ("Ich bin ein sozialer Nationalist"), ein gerngesehener Referent in rechtsextremistischen Kreisen.

Den rechten Kameraden, denen strenge Verhaltensregeln (lediglich alkoholfreies Bier!) vorgegeben waren (u.a.: „Gegenüber der Presse besteht ein absolutes Interview- und Auskunftsverbot“) wurde die Teilnahme an verschiedenen Diskussionsrunden angeboten. Zur Auswahl standen:

Forum I „Nationalistische Wirtschaftspolitik heute“ unter Leitung von Per Lennart Aae; Diskussionssteilnehmer; Michael Nier, Albert Lämmel, Rein-

hold Oberlercher und Herbert Schweiger; Forum II „Rechtskampf in der BRD“ unter Leitung von Hans Günter Eisenecker; Diskussionssteilnehmer: Rechtsanwälte Gregor Janik, Jürgen Rieger und Wolfram Nahrath;

Forum III „Einheit der Rechten - Trugbild oder Zukunftsvision“; Diskussionssteilnehmer: Udo Voigt, Gert Sudholt, Leo Thenn („Vereinigte Rechte“), Manfred Rouhs („Europa Vorn“) und Frank Schwerdt (Berlin-Brandenburger Zeitung; ehemals „Die Nationalen“, frischgebackenes NPD-Bundesvorstandsmitglied).

Kein betulicher Altherren-Club

Das "kulturelle Rahmenprogramm" im rauchdurchschwängerten Saal beinhaltete eine Fotoausstellung "Demonstration 1. März 1997", eine heftig genutzte Autogrammstunde mit Frank Rennicke, die Vorstellung des Buches "Die Meinungsdictatur" ("Nation Europa Verlag") vom Burschenschaftler Jürgen Schwab, der engste Kontakte zu Gleichgesinnten in Österreich pflegt, sowie Konzertauftritte von Rennicke (Highlights u.a.: "Schlesier-Lied" und "Westerwald") und Jörg Hähnel. Bedauert wurde allerdings später im neonazistischen Mailboxverbund „Thule-Netz“, daß die „Volkstumstänze“ mit der einstigen „Wiking-Jugend“-Funktionärin und „Artgemeinschaft“-Aktivistin Edda Schmidt zu wenig Beachtung fanden, Begleitet wurde das Passauer Spektakel von einem politischen Rahmenprogramm, wobei der NPD-Fernsehwerbespot und das NPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998 vorgestellt wurden. Neues hat das NPD-Programm nicht zu bieten. Leierhaft wird wiederholt: "Deutschland muß wieder deutsch werden", "Sozialpolitik nur für das eigene Volk", "Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben!" oder "Sicherheit durch Recht und Ordnung".

Mobilisiert wurde in Passau auch für die geplante Großdemonstration des "Nationalen Widerstandes" am 1. Mai im sächsischen Leipzig, die unter dem Motto stattfinden soll: "Wir schaffen Arbeit - Bonn schafft NICHTS!"

Mit der Demonstration vom 1. März vergangenen Jahres in München (rund 4.500 Teilnehmer) und der jüngsten Veranstaltung in Passau hat die älteste rechtsextremistische Partei in Deutschland allerdings durchaus gezeigt, daß sie sich vom ehemals betulichen Alt-Herren-Club zu einer hochkarätigen Neonazi-Truppe mit hohem Mobilisierungsgrad mausern konnte.

Anton Maegerle

Hauen und Stechen bei der NPD

Diener zweier Vorstände

Die älteste rechtsextremistische Wahlpartei in der Bundesrepublik Deutschland, die NPD, die bis vor kurzem noch schmalbrüstig vor sich hindümpelte, zeichnet sich heute durch einen rasanten Zuwachs an Mitgliedern und Aktivitäten aus. Daneben bestimmen auch Querelen, finanzielle Unregelmäßigkeiten und Ungereimtheiten das Bild der 1964 gegründeten Partei.

Gegen den früheren NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert (58) und den früheren Bundeschatzmeister Dieter Fuhrmann ermittelt beispielsweise seit längerem die Stuttgarter Staatsanwaltschaft (vgl. BNR 20/97) wegen deren Finanzgefahren. Ähnliche Probleme drohen nun im NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz.

Auf dem Bundesparteitag der NPD im vorderpfälzischen Bad Dürkheim war im März 1996 Udo Voigt denkbar knapp zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden. Der seinerzeit unterlegene, im Herbst 1995 abgesetzte NPD-Führer Günter Deckert wurde vorübergehend zum Stellvertreter Voigts bestimmt. Damit sollte eine drohende Spaltung der NPD auf Bundesebene verhindert werden. Wenige Tage zuvor war das langjährige rheinland-pfälzische Landesvorstandsmitglied Wilhelm Herbi seines Amtes enthoben bzw. eine Amtsenthebung im Zuge eines parteiinternen Machtkampfes versucht worden. Nach der Absetzung des 55jährigen Arbeiters Herbi wurde der hessische Landesvorsitzende Hans Schmidt aus Wiesbaden am 2. Juni 1996 zum neuen Landeschef der NPD in Rheinland-Pfalz gewählt. Am 23. September des Jahres ließ sich Herbi in Winterbach (Landkreis Pirmasens) in seinem Amt jedoch bestätigen. Der NPD-Bundesvorstand verhängte daraufhin, so der aktuelle Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz, „den parteilichen Notstand und bestimmte zur Vorbereitung einer Neuwahl des Landesvorstandes einen kommissarischen Vertreter; doch hat das rheinland-pfälzische Landesschiedsgericht die Notstandsverordnung für ungültig erklärt.“

Jüngst meldete sich nun der Alt-Landesvorsitzende Herbi mit einem Schreiben an den Landeswahlleiter zu Wort: „Der (...) in Ludwigshafen als NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz firmierende Verein ist eine kriminelle Vereinigung, welche die letzte Landtagswahl dazu benutzt hat, um unter Vortäuschung parteipolitischer Betätigung hohe

Geldsummen zu ergaunern. Diese Vereinigung wird vom derzeitigen Bundesparteivorstand der NPD hofiert und gefördert.“ Herbi zieht den konkurrierenden Landesvorstand „der Urkundenfälschung, Unterdrückung von Untersuchungsausschüssen, Verhinderung der freien Rede, Nichteinladung von kritischen Kreisverbänden zu Parteitag, Nichtbeachtung oder gar Fälschung von Parteitagsprotokollen, unbegründete Amtsenthebung und Parteiausschluß von frei gewählten, aber kritischen Amtsträgern“. Er beziffert den Betrag, um den es dabei gehen soll auf „zwischen 95.000 und 103.000 DM“, wovon 58.000 Mark von dem Stuttgarter Dipl.Ing. und langjährigen NPD-Multiaktivisten Carl-Arthur Bühring (91) seien. Als Drahtzieher der Aktion sieht Herbi den früheren NPD-Generalsekretär Ulrich Eigenfeld. Inzwischen verkehre Eigenfeld (dieser „würde aus Überzeugung die Nationaldemokratie, das Deutschnationale mit dem Nationalsozialismus verwechseln und diesen mit den persönlichen Neigungen des Herrn Ernst Röhm“) wieder im Büro des Parteivorstands. „Es wird auch berichtet, er würde den Bundesvorsitzenden Udo Voigt erpressen“, so Herbi in seinem mehrseitigen Schreiben. „Nicht wegen Röhm, sondern weil Udo Voigt auf dem Parteitag offiziell nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde, bei der Stimmauszählung sei aber geschwindelt worden, er hätte fünf Stimmen zuwenig gehabt. Beweis: Aussage der damaligen Interimsbundesvorsitzenden, Frau Ellen-Doris Scherer.“ Verschiedene Zusagen Voigts, die Vorhaltungen Herbis aufzuklären, seien folgenlos geblieben. „Herr Udo Voigt hat ausgesagt, er befürchte ein Verbot der NPD, wenn die Gaunereien und finanziellen Bereicherungen der Herren Ulrich Eigenfeld und Hans Schmidt im Zuge der Landtagswahl Rheinland-Pfalz der Parteiaufsicht bekannt werden.“ Seine späte Reaktion erklärte Herbi in dem Schreiben an den Landeswahlleiter damit, daß „der derzeitige NPD-Bundesvorsitzende und weitere Personen aus dem NPD-Parteivorstand (...) mich immer wieder gebeten (haben), die Sache nicht vor die Systemjustiz zu bringen.“

Zu seinen Gegnern zählt Herbi auch Karl-Heinz Pfirmann, der, erst im April 1996 der NPD beigetreten, sogleich das Amt des Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts übernahm. „Dieser Herr paßt in die Vereinigung ... Herr Pfirmann ist einer meiner größten Schuldner im Privatbereich und belügt, gemäß einem vom Bundesgerichtshof bestätigten Urteil, in ganz wesentlichen, zentralen Punkten die Behörden und Gerichte.“ Auch in diesem drohen Pfirmann und Co. die Jurisdiktion.

Eva Bernhard

Mit Volksverhetzern
in einem Boot:

Ehrenwerte Herrschaften

Der jüngste Anti-Überfremdungsaufwurf aus dem rechten Lager hat üblen Rassismus und Antisemitismus zum Inhalt – und sein Unterzeichnerspektrum umfaßt auch vermeintlich honorige Personen.

Ausgewiesene Ultrarechte und Leute aus der Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus marschieren als Unterzeichner des „Aufrufes an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung“ Hand in Hand. Diese Veröffentlichung erregte zur Jahreswende wegen ihrer hohen Auflage von angeblich 110.000 Exemplaren und der bundesweiten Verbreitung großes Aufsehen. Die Staatsanwaltschaft Dresden leitete ein Ermittlungsverfahren ein.

Insider der ultrarechten Szene kennen Appell-Unterstützer wie Dr. Wilhelmine Steffens (ehemaliges Mitglied im NPD-Bundesvorstand und langjährige Kreisvorsitzende von Soltau-Fallingb. oder Dr. Rigolf Henning aus Verden/Aller, ehemaliges Landesvorstandsmitglied der „Republikaner“ und später führender Aktivist der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, als solcher sogar im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht warnend erwähnt. Ebenfalls keine Unbekannten sind der wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung verurteilte Friedhelm Kathagen aus Witten, der Berliner Sozialpädagogik-Professor und Ex-REP-Landeschef Klaus Weinschenk oder Professor Emil Schlee, von 1970 bis 1974 hessischer CDU-Landtagsabgeordneter und von 1979 bis 1985 Landes-Vertriebenenbeauftragter der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Die Arme des Ritterkreuz- und Bundesverdienstkreuzträgers Schlee, der eine Zeitlang für die „Republikaner“ im Europäischen Parlament saß, reichen weit in Vertriebenen-Kreise hinein. Schlee war unter anderem Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Mecklenburg und ist jetzt ihr Ehrenmitglied, wurde beispielsweise mit dem Goldenen Ehrenabzeichen des Bundes Vertriebenen sowie den Silbernen Ehrenabzeichen der Landsmannschaften Ostpreußen und Thüringen dekoriert.

Neben den genannten und anderen relativ bekannten Rechten wird der „Aufruf an alle Deutschen“

auch von zahlreichen Personen mitgetragen, die bislang nicht einschlägig aufgefallen sind. Das ist umso bemerkenswerter, weil jeder Unterzeichner für seine Signatur eine Spende von mindestens 1000 Mark hingeblättert haben soll.

Unterzeichner Dr. Hans Georg Heß galt bis dato als honorige Persönlichkeit. Der Rechtsanwalt, Unternehmensberater und Inhaber einer Presseagentur amtiert als Vorstandsvorsitzender der „SBZ/DDR-Geschädigten – Gleiches Recht für alle“. Hochangesehen war bisher auch Dr. Robert Kühn, Honorarprofessor an der Universität Heidelberg und Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin. Der renommierte Mineraloge und Petrograph wurde 1976 mit der Van't-Hoff-Gedenkmünze der Deutschen Kaliindustrie und sechs Jahre später mit der Georg-Agricola-Medaille der Deutschen Mineralogischen Gesellschaft ausgezeichnet.

Das Pamphlet – der „blick nach rechts“ berichtete mehrfach – enthält stärkeren rechtsextremistischen Tobak, als in den meisten Medien-Veröffentlichungen deutlich wurde. Auf den 22 Seiten soll der Nachweis dafür erbracht werden, daß die Staatsführung systematisch den Massenmord am eigenen Volk plane. „Allen politisch Verfolgten der ganzen Welt“, heißt es, „wurde ... Deutschland zur freien Verfügung preisgegeben.“ Die Regierung habe - Rassismus pur - „die Wehre zur Einleitung fremden Blutes sperrangelweit geöffnet“. In antisemitische Propaganda kippt der „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung“ um, wenn er von einem Geheimvertrag zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Zentralrat der Juden in Deutschland fabuliert: „Wir schätzen ganz vorsichtig, daß hier einige Millionen Juden nach Deutschland einwandern werden, wenn wir es nicht verhindern.“ Die Autoren der Hetzschrift wittern „Hochverrat“ und schreiben das auch so direkt,

Thomas Klaus

HINWEIS

Bonn - In der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn findet am 9. März d.J. eine Veranstaltung mit Lea Rabin anläßlich des 50. Jahrestags der Staatsgründung Israels statt. Die Frau des ermordeten israelischen Ministerpräsidenten spricht zum Thema „50 Jahre Israel - das gefährdete Vermächtnis Yitzhak Rabins“. Großer Konferenzsaal der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn; Veranstaltungsbeginn ist 18.00 Uhr.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Periodika der extremen Rechten

„Nation+Europa“ (NE) - 48.Jg., 2/98:

Der bundesdeutschen Justiz werden die Leviten gelesen - deren angebliche Unfähigkeit ist auch das Schwerpunktthema des Heftes. Für NE-Leitartikler Karl Richter geht danach die „schielende Justitia“ einerseits viel zu lasch vor gegen Schwerkriminelle, ziehe andererseits aber mit voller Härte gegen Tempusünder und Rechtsextremisten zu Felde. Vorbildlich in Sachen Verbrechensbekämpfung ist ob der gehäuften Zahl an vollstreckten Todesurteilen dort plötzlich die sonst von NE stets geschmähte USA. Am Beispiel des zum Strafvollzug verdonnerten wegen Volksverhetzung verurteilten Holocaust-Leugners Udo Walendy demonstriert EX-REP-MdEP Hans Günter Schodruch die „verrutschte Augenbinde“ der Justiz, die im Gegensatz polnische Autodiebe zu billig davonkommen lasse. Im übrigen würden deutsche Gefängnisinsassen schließlich durch den erhöhten Ausländeranteil dort noch zusätzlich gestraft. NE-Dauer-Kolumnist Franz Schönhuber sieht als Abhilfe wieder einmal gegen das „Gift des Zeitgeistes“ einzig die authentische Rechte. Dies zeige auch der Blick in die Nachbarländer, wo die Parteien Gianfranco Finis und besonders Jörg Haider ob dessen Präferenz für den Juden Sichrowsky angeblich als „Einfallstore für trojanische Pferde“ gerieten und einzig die Le Pen-Partei in Frankreich steigendes politisches Gewicht aufweisen könne. Nicht umsonst, so Schönhuber, habe im übrigen Le Pen bei seinem kürzlich absolvierten München-Besuch „das deutsche Volk als das Märtyrer-Volk unserer Zeit“ bezeichnet, was die „angstgeschüttelte“ nationalkonservative Journaille mit keiner Silbe erwähnt hätte. Keine guten Noten erteilt NE in der Bewertung auch den offiziellen „Republikanern“ unter Schlierer, der wohl aus „Konkurrenzangst“ strikten Abgrenzungskurs von weiter rechts stehenden Kreisen verordnet habe. Der Dichter Heinrich Heine schließlich muß noch herhalten als Negativbeispiel für eine angeblich vorherrschende Doktrin der „Political Correctness“.

„Junge Freiheit“ (JF)-13.Jg.,Nr.6-8/98:

Andreas Mölzer, Chefredakteur des österreichischen JF-Pendants „Zur Zeit“ sieht heutzutage durch die Faschismuskeule „nonkonforme Meinungen“ stigmatisiert; für ihn sind so Parallelen zur metternichschen Zensur und dem Polizeispitzelsy-

stem allzu augenfällig. Mölzer bemüht diesbezüglich gar den 1848er Jakob Grimm mit dem Ausspruch: „Deutscher Boden duldet keine Knechtschaft“ (6/98). JF Chefredakteur Dieter Stein sieht in puncto Vergangenheitsbewältigung immer wieder das deutsche Volk am Pranger; schließlich seien doch nur die Nationalsozialisten die Täter gewesen und nicht die Deutschen. FDP-Rechtsabweichler Alexander von Stahl erläutert im JF-Interview, warum er der FDP trotz seiner Niederlage im Kampf um den Berliner Landesvorsitz nicht den Rücken gekehrt habe, nämlich, weil er die neue Rechtspartei Brunner/Kappel zum Scheitern verurteilt sieht. Dokumentiert wird ein Richtungsstreit bei der nationalistischen „Deutschland-Bewegung“ in der Frage, wie sie es mit den „Republikanern“ halten wollen. Alfred Mechtersheimer plädiert - im Gegensatz zu „einigen Ex-Linken im Friedenskomitee“ - für eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien (6/98). Sein Fett ab kriegt schließlich auch der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, der mit den von ihm selbst in seinem Buch „Damit bin ich noch lange nicht fertig“ offenbarten Goldgeschäften „den Mythos der >moralischen Instanz< eigenhändig zerschlagen habe“ (6/98). In der folgenden Ausgabe orakelt der Chefdenker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, von US-amerikanischen Herrschaftsgelüsten über die audiovisuelle europäische Medienwelt, der die Europäer tatenlos zusehen würden (7/98). Johanna Grund, Ex-REP-MdEP lamentiert über den „monarchistischen Absolutismus“, dem die EU-Kommissare in Brüssel angeblich fröhnten; die Bürger von 15 Staaten seien dieser „sagenhaften Knechtschaft unterworfen“. Für REP-MdL Ulrich Deuschle ist auch die amtierende Bundesregierung von den 68ern geprägt, es mangle daher heutzutage an politischer Führung sowie der nötigen Entschlossenheit und Durchsetzungsfähigkeit (7/98). Die heutige „entwickelte“ Gesellschaft sei gefährdet durch eine „wahllos betriebene Immigration“ und die unangefochtene „Weltherrschaft Washingtons“, so lautet der Tenor der Titelseite; gar drohe der Rückfall in die Zeit vor 1848 (8/98) Dieter Stein mahnt die „konservative und demokratische Rechte“, als zentrale gesellschaftliche endlich die „soziale Frage“ auf die Tagesordnung zu setzen. Im JF-Visier ist diesmal der an der Hamburger Bundeswehruniversität lehrende Rechtsextremismusexperte Wolfgang Gessenharter ob einer angeblichen Kooperation mit Linksextremisten. Wemer Olles ermahnt die heutige Rechte, ihr Miniaturdenken abzulegen und sich neue Bündnispartner zu suchen (8/98).

BÜCHERSCHAU

**Jüdisches
Vermächtnis**

Der leitende und deshalb titelgebende Gedanke dieser großangelegten Essaysammlung wurzelt in der jüdischen Glaubensüberlieferung. Er lautet in den Worten des Heidelberger Rabbiners Salman Baruch Rabinkow, dessen humanistische Interpretation des jüdischen Gesetzes Erich Fromm, der zwischen 1920 und 1925 beinahe täglich bei ihm zum Studium war, tief beeinflusst hat: "Jedermann ist berechtigt und verpflichtet zu sagen: >Meinetwegen ist die Welt erschaffen< (Sanhedrin, Mischna, Kap. 4), denn jedes menschliche Wesen ist Selbstzweck und ist gleichsam mit der Verantwortung für die ganze Schöpfung belastet'... Angesichts der individuellen Sünde gilt für den Menschen, daß ' seine Erlösung nicht durch eine äußere Macht bewirkt werden (kann), sondern allein durch die ihm als autonomem Wesen inwohnende Kraft, sich über sich selbst zu erheben.' "

Das aus dieser Tradition herrührende, wissenschaftlich begründete und humanistisch orientierte kritische Bewußtsein hat sich aber in die verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen aufgefächert und in ihnen seinen Niederschlag gefunden. Dem entspricht die Gliederung des Bandes in sieben umfangreiche Kapitel, nämlich Religionspsychologie, Erkenntnistheorie, Sozialpsychologie, Sozialforschung, Recht, Ökonomie und Politik. Jedes Kapitel, das natürlich für ein ganzes Spektrum von Themen steht, wird von einem ausführlichen Überblicksartikel eingeleitet, der gewissermaßen den Rahmen absteckt. Ausgewählt wurden hierfür Martin Buber, Karl R. Popper, Erich Fromm, Theodor W. Adorno, Hugo Preuß, Franz Oppenheimer und Hannah Arendt. Es handelt sich dabei um die überarbeiteten Referate einer von den beiden Mitherausgebern Hans Erler (Konrad-Adenauer-Stiftung) und Ernst Ludwig Ehrlich (Ehrenviizepräsident des europäischen B'nai B'rith) gemeinsam konzipierten Tagung, die im Mai 1995 stattgefunden hat und bereits auf dieses Buchprojekt angelegt war.

In dieses Gerüst eingehängt sind nun 51 zumeist kurze Porträts von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich in den jeweiligen Themenkomplex einordnen lassen.. Sie enthalten einen kurzen biographischen Abriss des Porträtierten und skizzieren das Werk und seine Bedeutung. Das ist in vielen Fällen natürlich nur eine erste Annäherung und Orientierung, die aber dank der weiterführenden Literaturhinweise vertieft werden kann. Kapitel 3 zum Beispiel, das besonders dicht und reichhaltig ist und sich der Sozialpsychologie widmet, enthält nach dem einleitenden Beitrag über Erich Fromm Porträts von Iwan Bloch, Magnus Hirschfeld, Melanie Klein, Helene Deutsch, Margarete Berent, René A. Spitz, Alice Rühle-Gerstel, Charlotte Wolff, Wilhelm Reich, Hans Weil, Erich H. Erikson und Gisela Konopka. Kapitel 5 bietet als Einleitung einen Essay über Hugo Preuß, auf den Beiträge zu Eduard Bernstein, Helene Simon, Hugo Sinzheimer, Hans Kelsen, Toni Sender, Hermann Heller und Robert W. Kempner folgen.

Das Konzept, das der Sammlung zugrundeliegt, ist plausibel und bewährt sich gerade bei den weniger Bekannten unter den Dargestellten; die Artikel stammen dabei durchweg von Sachkennern und sind, auch wenn sie nicht immer dem vorgegebenen Schema entsprechen, zumeist mit Gewinn zu lesen. Über die Auswahl läßt sich natürlich streiten: Alfred Adler, Fritz Bauer, Anna Freud, Leo Löwenthal und Manès Sperber hätten gewiß auch eine Aufnahme verdient; Historiker wie etwa Hans Kohn und Arthur Rosenberg, Philologen wie z. B. Erich Auerbach und Leo Spitzer fehlen ganz. Doch die Herausgeber sind sich bewußt, daß sie „nur wenige ausgewählte Beispiele“ bieten konnten; eine Fortsetzung ihres überaus verdienstvollen Unternehmens wäre deshalb wünschenswert.

Hans Erler, Ernst Ludwig Ehrlich, Ludger Heid (Hrsg.): "Meinetwegen ist die Welt erschaffen", Das intellektuelle Vermächtnis des deutschsprachigen Judentums, 58 Portraits, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 1997 554 Seiten, kartoniert, 68 DM

Tagebuch

Inland

Berlin/Potsdam - Der brandenburgische Verfassungsschutz hat vor Terrorakten von Rechtsextremisten gewarnt. Verfassungsschutzchef Hans-Jürgen Förster sagte der „Berliner Morgenpost“, er sehe ein großes Gefahrenpotential in den etwa einhundert Söldnern, die sich während des Krieges in Bosnien und Kroatien verdingt hatten: „Ihre Erfahrungen mit der Brutalität haben sie weiter verroht. Bei einer Rückkehr können sie leicht ausrasten“, befürchtet Förster.

Berlin - Ein Arbeitskreis „Bürger beobachten Abgeordnete“ hat in Berlin-Friedenau eine Veranstaltung mit den rechten Ultras Alfred Mechttersheimer („Deutschland-Bewegung“), Klaus Motschmann und Dieter Stein abgehalten. Mechttersheimer, der sich wiederholt für eine Wahl der „Republikaner“ aussprach, meinte jedoch daß diese wohl die Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl nicht schaffen würden.

Berlin - Ehemalige Kader des inzwischen aufgelösten Vereins „Die Nationalen“ denken derzeit über den Aufbau einer „Aktionsgemeinschaft nationaler Sozialisten in- und außerhalb der NPD“ (AGNS) nach, um die Partei „nach den jüngsten Erfolgen auch weltanschaulich auf den richtigen Kurs zu bringen“, so eine Meldung der Internet-Ausgabe der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ). Im Mittelpunkt der AGNS könnte neben einem „programmatischen Diskurs“ und der Arbeit im „nationalen Medienverband“ auch die Koordination der Zusammenarbeit mit unabhängigen Gruppen, Arbeitskreisen und Computernetzen stehen, so die BBZ. Für Andreas Schulz, ehemals Vorsitzender der Hochschulgruppe der „Nationalen“, sollte die AGNS „auch möglichst viele Nicht-NPD-Mitglieder einbinden, um auf diese Weise als Schnittstelle zu wirken und den Einfluß der freien Kameradschaften auf die NPD-Politik zu erhöhen“. Ein erstes Treffen der AGNS soll bereits im März in Brandenburg stattfinden.

Berlin - Die Partei „Die Republikaner“ darf keine rechtsfähige politische Stiftung errichten. Das hat der 3. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin entschieden. Das Gericht wies damit eine Revision der „Republikaner“ gegen ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster zurück, nach dem die Stiftung das Gemeinwohl gefährde, weil diese

auf die Mißachtung der Menschenwürde der in Deutschland lebenden Ausländer und die Abschaffung der pluralistischen Demokratie gerichtet sei.

Bonn - Die Bundesregierung will alles vermeiden, was geeignet sein könnte, nationalsozialistische Symbole aufzuwerten. Dies erklärte sie in ihrer Antwort (13/9554) auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion zu altgermanischen Runen, die sich an den Blockrändern von Sonderbriefmarken zum Gedenken an Heinrich Heine befunden hatten. Das Bundespostministerium hat die Herausgabe der Briefmarken gestoppt. Die PDS hatte in ihrer Anfrage darauf verwiesen, daß die Runenzeichen im Dritten Reich von der SS und anderen Organisationen benutzt wurden.

Bonn - Laut einer amtlichen Bilanz des Bonner Verteidigungsministeriums wurden 1997 in der Bundeswehr offiziell 178 Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund bekannt. In 94 Prozent der Fälle handelte es sich bei den Akteuren um Wehrpflichtige; fünf Prozent waren Unteroffiziere, ein Prozent Offiziere.

Erlangen - Im neonazistischen Thule-Netz findet sich ein Beitrag eines „Widukind“ über „Saddam und seine Spielsachen“. Bei der ausführlichen Abhandlung handelt es sich um einen „Grundlagenartikel“ über das „Teufelszeug“ Giftgas. Äußerst sachkundig wird über den Einsatz und die Folgen von Giftgasen bzw. chemischen Waffen wie Chlor (C12), Phosgen (COC!), Chlorpirin (CC13NO2), Senfgas, Tabun, Soman und VX berichtet.

Hamburg - Der rechtskräftig wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilte US-Neonazi Gary Rex Lauck muß seine Haftstrafe in einem Hamburger Gefängnis offensichtlich bis zu guter Letzt absitzen. Ein Antrag des führenden Neonazis auf vorzeitige Haftentlassung wurde Anfang Februar wegen offenkundig negativer Sozialprognose - ein Gesinnungswandel Laucks war nicht zu erkennen - abgelehnt. Lauck war am 22. August 1996 vom Hamburger Landgericht zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden, was vom Bundesgerichtshof im März vergangenen Jahres bestätigt wurde.

Mannheim - Zu einer Informationsveranstaltung lud der „Bund Freier Bürger“ - Offensive für Deutschland. Die Freiheitlichen“ (BFB) die 2. Vorsitzende des völkischen „Schutzbund für das Deutsche Volk e.V.“ (SDV), Ingeburg Mikisch, am 17.

Februar in Mannheim ein. Die seit 1994 amtierende Mikisch sollte zum Thema „Bevölkerungspolitik und Entwicklung in Deutschland“ sprechen. Der Schutzbund ist, so eine Selbstdarstellung, „ein Bund von Deutschen, die sich seit 1981 zusammenschließen, um gegen die wie von selbst ablaufende Auflösung und Ablösung unseres Volkes durch eine Mischbevölkerung mit laufend sinkendem deutschen und europäischen Anteil anzukämpfen. Sein Ziel ist die Erhaltung des Deutschen Volkes in seiner Heimat und Kultur“. Anlaß der Gründung des rechtsextremen Vereins war das rassistische „Heidelberger Manifest“ vom Juni 1981. Vorsitzender ist seit 1994 der Münchner „Witikone“ Friedrich Köberlein (53). Dem NPD-nahen Verein gehören einige hundert Mitglieder an. Im vergangenen Jahr führte der SDV seine Jahresversammlung in Mannheim durch. Als Referent trat dabei auch Alfred Mechtersheimer auf.

München - Ausgerechnet der seit langen Jahren regelmäßig in den Verfassungsschutzberichten aufgeführten „Deutschen-Wochen-Zeitung“ (DWZ) aus dem Hause des DVU-Chefs Dr. Frey, gab Generalbundesanwalt a.D. Kurt Rebmann ein Interview. Auf die Frage „Was entgegnen Sie einem Deutschen, der von sich gibt: >Ich schäme mich, Deutscher zu sein<?“ antwortete Rebmann: „Wandern Sie aus, auf Leute wie Sie verzichten wir gerne.“ Gefragt, „Was sagen Sie einem Deutschen, der äußert: >Ich bin stolz, Deutscher zu sein<?“ gab der Ex-Bundesanwalt folgende fiktive Antwort: „Ihre Aussage freut mich. Ich liege aus Überzeugung ganz auf dieser Linie.“

Oldenburg/Holst - Eine Kundgebung in der Nähe von Oldenburg/Holstein unter dem Motto „Hier marschiert der Nationale Widerstand - Kriminelle Asylschmarotzer raus“ wurde von der zuständigen Ordnungsbehörde verboten. Als der Anmelder Michael Zobel gegen die Verbotsverfügung das Verwaltungsgericht Schleswig einschaltete, bestätigten die Juristen das Verbot. Zobel muß möglicherweise selbst mit einem Verfahren wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß rechnen - seine verwandte Terminologie spricht immerhin Bände...

Stuttgart - Das Potential gewaltbereiter rechtsextremistischer Skinheads beläuft sich nach Angaben des baden-württembergischen Verfassungsschutzpräsidenten Rannacher auf 490 Personen. Die Szene sei eindeutig männlich dominiert, Frauen würden eher verächtlich behandelt. Ihr Anteil beträgt

nach Angaben des Verfassungsschutzes etwa 15 Prozent. Den Gruppen gehören zumeist sehr junge Menschen an.

Stuttgart - Die rechtsextremen „Republikaner“ haben nach eigenen Angaben 78 Offiziere und Feldwebel sowie 400 Wehrpflichtige in ihren Reihen. Parteichef Schlierer kündigte an, daß die REP Strafanzeige gegen Verteidigungsminister Rühe wegen der „Hetzjagd auf >Republikaner< in Uniform“ erstatten wollten. Auf Platz 2 ihrer Landesliste zur Bundestagswahl im September haben die baden-württembergischen REP den Bundeswehrangehörigen Herbert Bastl gesetzt; Platz 1 wird vom Parteivorsitzenden Schlierer gekrönt.

Stuttgart - Frischgebackener Interviewpartner des Informationsdienstes des rechtsklerikalen „Arbeitskreises Christlicher Publizisten“ (ACP) ist Rolf Schlierer, Bundesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der „Republikaner“ im Stuttgarter Landtag. Schlierer, der Abtreibung als Mord bezeichnet, charakterisiert sich dabei als Bibel-Leser, der auch in den Gottesdienst gehe: „Ich suche in den Kirchen nach Predigern, die mir bei der Auslegung der Heiligen Schrift etwas mitgeben können. Ich sehe da allerdings ein zentrales Problem, daß wir heute nur noch wenige Pfarrer haben, die in der Lage sind, ihre Mitmenschen auf dieser Ebene anzusprechen.“

Wiesbaden - Für das Jahr 1997 registrierte das Bundeskriminalamt in Wiesbaden wieder einen erheblichen Anstieg der antisemitischen Straftaten auf 825 Vorfälle (1996: 719). Im vergangenen Jahr handelte es sich im einzelnen um 34 Fälle der Störung der Totenruhe, 50 Sachbeschädigungen, 11 Körperverletzungen, ein Brandanschlag und 729 sonstige Straftaten mit antisemitischem Hintergrund. Der Anstieg gegenüber 1996 ist dabei vor allem auf eine Zunahme der Propagandadelikte sowie der Schändung jüdischer Friedhöfe zurückzuführen.

Würzburg/München - Die rechtsextremen „Republikaner“ haben Klaus Zeitler, Würzburger Oberbürgermeister a.D. und langjähriges REP-Mitglied, als Kandidat für Landtagswahlen in Bayern am 13. September dieses Jahres nominiert. Laut einer „Sonntagsumfrage“ der Forschungsgruppe Wahlen könnten die „Republikaner“ bei den bayerischen Landtagswahlen im September derzeit fünf Prozent der Stimmen für sich verbuchen.

Wurzen (Sachsen) - Für einen Eklat sorgte ein im Wurzener Stadtrat verteiltes Flugblatt der NPD.



Wie die Verwaltung der sächsischen Stadt auf Anfrage bestätigte, legte der DSU-Stadtrat Reinhard Löwe vor Beginn der Sitzung am 11. Februar ein Flugblatt der rechtsextremistischen NPD auf die Plätze der Abgeordneten. Darin seien NPD-Anhänger als „Opfer linksradikaler Autonomer“ dargestellt worden. Löwe verteidigte im Stadtparlament die „jungen, national denkenden Menschen“.

Zerbst/Stuttgart - Die „Republikaner“ wollen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im kommenden April mit der „Deutsch-Sozialen Union“ (DSU) auf einer gemeinsamen Landesliste kandidieren. Dies wurde auf einer gemeinsamen Delegiertenversammlung der beiden Parteien Mitte Februar beschlossen. Der DSU-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt Joachim Nothdurft war bereits auf dem Parteitag der „Republikaner“ am 18. Oktober vergangenen Jahres im bayerischen Dietmannsried aufgetreten, wobei die gemeinsame Kandidatur zu den Landtagswahlen angekündigt wurde.

Ausland

Österreich (Siezenheim) - Nach monatelanger Pause hat der notorische Neonazi Karl Polacek (Siezenheim), einst niedersächsischer FAP-Landesvorsitzender, wieder eine Ausgabe seines „Braunauer Ausguck“ („Internes Rundschreiben an meine Kameradinnen und Kameraden zur See und an Land in aller Welt!“) herausgebracht. Heftig beschwert er sich darin über eine Hausdurchsuchung bei ihm am 27. November vergangenen Jahres. Diese sollte, so Polacek, „natürlich von der peinlichen Briefbombsache“ ablenken. Der 62jährige Polacek, der nach Eigenangaben keiner Organisation angehört und sich ausschließlich der Skin-Bewegung zu zählt, gibt zu, daß er im Stile der Anti-Antifa Datenmaterial sammelt. Ausführlich widmet sich Polacek im aktuellen „Brauner Ausguck“ den Themenfeldern Heidentum und Wikinger. Wie auch in den vergangenen Ausgaben sind in der neuen Ausgabe Anschriften von Gleichgesinnten aus der

Adresse:

ganzen Welt veröffentlicht; beispielsweise: DNSB/Dänemark, Verlag Neue Ordnung/BRD, USA-Bericht, Blood & Honour/Großbritannien, Romantic Violence/Tschechien, Konservative Partei/Südafrika, Phoenix/Polen etc... Im „Brauner Ausguck“ veröffentlichte Dokumente des Landesrichtes Salzburg offenbaren enge Kontakte zwischen Polacek und dem inhaftierten Neonazi-Funktionär Günther Reinthaler, einst „Gaubeauftragter für Salzburg und Oberösterreich“.

USA (Lincoln/Nebraska) - Der „Europaausschuß der NSDAP/AO hat im „NS-Kampfzettel“ unlängst ein „nationalsozialistisches Strategiepapier“ vorgelegt. Darin wird festgestellt: „Unser ewiges Ja zum Deutschen Reich, zum vom Nationalsozialismus geschaffenen Volksstaat, zu den germanischen Werten und dem Bekenntnis zu einer Volksgemeinschaft auf rassischer Grundlage ist das Fundament unseres Denkens und Schaffens, unseres Kampfes und unserer Hoffnung.“ Umworben werden dabei die Rechtsextremisten Hans-Dietrich Sander und Reinhold Oberlercher, „weil ihre Thesen an der politischen Realität“ orientiert sind und sei dabei intelligent und praxisnah Problemstellungen und Zeitfragen unter dem Gesichtspunkt der Reichsidee interpretieren.“ An die Adresse des politischen Gegners gerichtet heißt es weiterhin im NS-Kampfzettel: „Unser Feind ist in erster Linie das Bonner und Wiener Judensystem und seine Lakaien, die für ihn als Wasserträger fungieren. Auch werden wir jene nicht vergessen, die uns in unserer Arbeit und unseren Aktionen behindern. ... Wir ... beginnen hier und heute den Kampf gegen das internationale Untermenschentum und werden nicht eher ruhen, bis diese Verbrecher ausgemerzt sind ...“

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Heussallee 2-10, Pressehaus I/216, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31

Satz und Gestaltung:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH Berlin;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten